

Datum: 22.09.17
Telefon: 0 233-30785
Telefax: 0 233-989 30785

Personal- und
Organisationsreferat
Organisation
POR-P3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Klimaanpassung, Grüne Stadt der Zukunft“
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 09576)

Umweltausschuss am 10.10.2017
Vollversammlung am 23.11.2017

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 19.09.2017 (erstmalig zur Vorabstimmung 30.08.2017) zur Stellungnahme bis 22.09.2017 zugeleitet.

Es handelt sich um einen Empfehlungsbeschluss, in dem Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht werden.

1. Aufgabe

Betreuung des Forschungsprojektes „Grüne Stadt der Zukunft“ (Forschungs- und Entwicklungsphase) mit folgenden Aufgaben¹:

- Analyse und Bewertung von Grundlagen zu Stadtklima und Klimaanpassung
- Analyse und Bewertung von Handlungsmöglichkeiten zur integrierten Berücksichtigung von Klimaresilienz in der Stadtplanung
- Fortlaufende Implementierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen aus dem Projekt in die Planungsprozesse im Modellquartier bzw. Reallabor

Es handelt sich um ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Leitinitiative Zukunftsstadt gefördertes Projekt, für das bisher noch keine Personalkapazitäten zur Verfügung standen.

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Geltend gemachter Kapazitätsmehrbedarf

Stellenschaffungen

0,75 VZÄ für SB Projektbetreuung der Fachrichtung Sonstiger Dienst (4. QE) ab 01.05.2018 befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

3. Beurteilung des Kapazitätsmehrbedarfs

Ergebnis

Zu den in der Sitzungsvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

¹ Beschluss: Seiten 6 und 7

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

Begründung

Der auf 3 Jahre befristet geltend gemachte Kapazitätsmehrbedarf kann dem Grunde nach nachvollzogen werden.

Im Rahmen der Betreuung des auf 3 Jahre angesiedelten Forschungsprojekts "Grüne Stadt der Zukunft" fallen umfangreiche zusätzliche Aufgaben für das Referat für Gesundheit und Umwelt an. Neben der Analyse und Bewertung von Handlungsmöglichkeiten zur integrierten Berücksichtigung von Klimaresilienz bzw. Grüner Infrastruktur in der Stadtplanung gehört u. a. auch die fortlaufende Implementierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen aus dem Projekt in die Planungsprozesse im Modellquartier/Reallabor zu den Aufgaben des Referates für Gesundheit und Umwelt.

Der zusätzlich geltend gemachte Bedarf kann auch der Höhe nach aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates anerkannt werden.

Es handelt sich bei den Aufgaben für das Forschungsprojekt (z. B. Grundlagenermittlung und Evaluation von Planung grüner Infrastruktur in Kommunen/Analyse von Best-Practice-Beispielen aus vergleichbaren [internationalen] Städten, Erarbeiten von Möglichkeiten zur Implementierung von stadtklimatischen Grundlagendaten in kommunale Planungen) um planerisch-konzeptionelle Aufgaben im Sinne des Abschnitt D, Ziffer 5.2 der Regelungen zum Vollzug des Haushaltes.

Diese Aufgaben sind durch ihren planerisch-konzeptionellen Ansatz mit den Methoden der Stellenbemessung nur schwer quantifizierbar. Es kann jedoch unter der Voraussetzung, dass der Kapazitätsmehrbedarf in Höhe von 0,75 VZÄ auf die Dauer von 3 Jahren entsprechend der Dauer des Projekts "Grüne Stadt der Zukunft" befristet ist, auf eine Stellenbemessung gem. Leitfaden zur Stellenbemessung verzichtet werden.

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.